

Fotos: Laurence Chaperon

TÜRKEI-BESUCH

## Ehrlich miteinander umgehen

Die Union lehnt eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei ab und bekräftigt ihre Vorstellung, wonach die Türkei statt einer EU-Vollmitgliedschaft eine privilegierte Partnerschaft mit der EU eingehen soll.

Diesen Standpunkt bekräftigte die Vorsitzende

der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, gegenüber der türkischen Staatsführung. In Begleitung von Wolfgang Schäuble, dem in der Bundestagsfraktion für Außenpolitik zuständigen stellvertretenden Vorsitzenden, *Fortsetzung S.2*

### INHALT

Laurenz Meyer:  
Den Schwarzmarkt mit dem Markt bekämpfen  
Seite 5 – 7

Dokumentation:  
Demografischer Wandel:  
Für eine zukunftsfähige  
Kommunalpolitik  
Beschluss der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU Deutschlands  
Innenteil

## HEUTE AKTUELL

■ Hans-Gert Pöttering: Für eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei (Seite 3) ■ Volker Kauder: Quo vadis Deutschland? (Seite 7–9) ■ Dirk Fischer, Klaus Lipold: Fatales Signal für Deutschland (Seite 10) ■ Laurenz Meyer: Das Chaos geht weiter (Seite 10) ■ Die Folgen des Maut-Debakels (Seite 11) ■ Bisherige Kosten für das Maut-Desaster (Seite 12) ■ Arnold Vaatz: An Ostdeutschland denken (Seite 12) ■ Dietrich Austermann: 2-Mrd.-Euro-Loch für Eichel (Seite 13) ■ Norbert Lammert: Kultur braucht keine Entflechtung (Seite 14) ■ Hans-Gert Pöttering: Methodisch und inhaltlich der falsche Weg (Seite 15) ■ Erste Bundesausschüsse zusammengetreten (Seite 16–17) ■ Neujahrsempfang in Bremen (Seite 18) ■ Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Seite 19–21)

Fortsetzung von Seite 1

und dem Vorsitzenden des deutsch-türkischen Forums der CDU NRW, Bülent Arslan, traf sich Angela Merkel im Rahmen eines zweitägigen Türkei-Besuchs mit dem türkischen Regierungschef und Vorsitzenden der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), Recep Tayyip Erdogan, dem türkischen Innenminister Abdülkadir Aksu, Außenminister Abdullah Gül, Parlamentspräsident Bülent Arinc sowie mit der gesamten Führungsspitze der AKP.

Ziel ihrer Gespräche sei gewesen, deutlich zu machen, dass der Vorschlag einer privilegierten Partnerschaft keine Anti-Türkei-Position sei, und sie glaube, dies sei auch so verstanden worden, sagte Angela Merkel. Sie habe ihren Gesprächspartnern erklärt, dass nach Überzeugung der Union beim derzeitigen Zustand der EU eine Vollmitgliedschaft „auf absehbare Zeit nicht verwirklicht werden kann.“ So, wie die EU derzeit konstruiert sei, halte

sie eine Ausweitung auf alle Gebiete für eine unlösbare Aufgabe. Merkel räumte ein, dass der Türkei seit rund 40 Jahren eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union in Aussicht gestellt worden sei. Dies sei aber unter anderen Vorzeichen als den derzeitigen geschehen. In diesem Zusammenhang erinnerte die Vorsitzende daran, dass nicht nur der aufzunehmende Staat die Kopenhagener Kriterien erfüllen, sondern dass auch die Europäische Union ihrerseits über die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration verfügen muss. Europa müsse bereits jetzt wegen der anstehenden Aufnahme von zehn neuen Mitgliedern am 1. Mai und möglicherweise einer weiteren Erweiterungsrunde im Jahr 2007 mit Bulgarien und Rumänien eine große Integrationsleistung vollbringen und stehe vor einer „Bewährungsprobe“.

„Wir sollten ehrlich miteinander umgehen“, mahnte Angela Merkel auch an

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30 2 20 70 3 72, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



die Adresse der Bundesregierung. Die Türkei habe natürlich eine europäische Perspektive. Doch angesichts der wirtschaftlichen und vieler staatspolitischen Unterschiede sei noch ein weiter Weg zu gehen. Die EU selbst stehe vor „riesigen Herausforderungen“ mit der Erweiterung um zehn neuen Mitgliedstaaten. Dabei erinnerte sie an die Haushaltsprobleme der EU und die Probleme, die zu erwarten sind, „wenn noch 25 Millionen türkische Bauern dazukommen sollen.“ Kanzler Schröder warf sie eine unaufrichtige Politik vor. Man dürfe nicht „mit zwei



Bei einer Unterredung mit dem ökumenischen Patriarchen Bartholomäus II. informierte sich Angela Merkel über die Situation der christlichen Minderheit in der Türkei.

Zungen sprechen“, so die CDU-Vorsitzende. Die Bundesregierung handele unrealistisch, wenn sie einerseits für einen sparsamen

Umgang mit den deutschen Mitteln für die EU eintrete, andererseits die schnelle Aufnahme der Türkei fordere.

## FÜR EINE PRIVILEGIERTE PARTNERSCHAFT MIT DER TÜRKEI

### Ein Beitritt der Türkei zur Europäischen Union würde diese finanziell und institutionell überdehnen.

Die Europäische Union muss zunächst die Integration der zehn neuen Länder, die am 1. Mai dieses Jahres beitreten werden, erfolgreich vollenden. Die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union ist damit zunächst an ihre Grenzen gelangt, insbesondere im Hinblick auf ein großes Land wie die Türkei. Es ist mutig und politisch aufrichtig, dass Angela Merkel diese Fragen in aller Offen-

heit mit der türkischen Führung diskutiert und insbesondere auch die zahlreichen Möglichkeiten im Rahmen



Hans-Gert Pöttering

einer privilegierten Partnerschaft mit der Türkei erörtert. Eine intensive und privilegierte Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Türkei im Bereich Wirtschaft, Politik, Zivilgesellschaft und in der Außen-

Sicherheitspolitik kann für beide Seiten zügig zu konkreten Ergebnissen führen. Hierüber müssen wir eine aufrichtige und von gegenseitigem Respekt und Achtung getragene Diskussion führen. Ich hoffe sehr, dass auch unsere türkischen Partner die pragmatische Seite einer solchen privilegierten Partnerschaft bewerten.

### Hans-Gert Pöttering

ist Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament und CDU-Spitzenkandidat bei den Europawahlen.

Bereits vor dem Abflug hatte Angela Merkel ihren Standpunkt deutlich gemacht: „Für die CDU sind gute und freundschaftliche Beziehungen zur Türkei sehr wichtig. Die Union will ihr nicht die Tür nach Europa verschließen, aber wir plädieren statt Vollmitgliedschaft für eine privilegierte Partnerschaft, für einen dritten Weg.“

Durch die vorgeschlagene privilegierte Partnerschaft werde die Türkei nicht zu einem „Mitglied zweiter Klasse.“ So könne eine privilegierte Partner-



Angela Merkel im Gespräch mit Wolfgang Schäuble

Die Kontakte zur AKP sollen nach Darstellung Merksels ausgebaut werden. So hätten sie und Erdogan sich darauf geeinigt, eine regel-

Mit Blick auf die bevorstehende Europawahl sagte Merkel, sie halte nach der Reise an ihrer bisherigen Planung fest, wobei das Thema Türkei im Wahlkampf eine Rolle spielen, aber nicht in den Vordergrund geschoben werden solle. Die CDU werde ihre Argumente für eine Ablehnung einer Vollmitgliedschaft Ankaras in der EU darstellen. „Zum Populismus eignet sich dieses Thema mit Sicherheit nicht“, sagte die Vorsitzende.

Angela Merkel zieht ein positives Fazit des Türkei-Besuchs: Deutschland und die Türkei brauchen einander als Partner und Freunde. Und es bleibe abzuwarten, ob bei stockenden Verhandlungen zwischen EU und Türkei nicht eine der beiden Seiten das CDU-Konzept einer privilegierten Partnerschaft als eigene Rückfallposition aufgreife.



Angela Merkel bei der Kranzniederlegung im Mausoleum des Staatsgründers der Türkei Kemal Atatürk

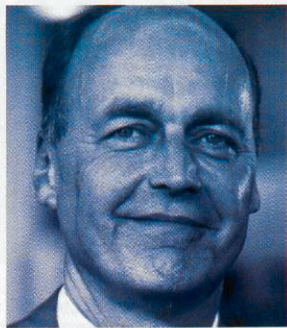
schaft etwa in einem Ausbau der Zollunion, Integration bei der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sowie Kooperation in der Forschungs- und der Gesellschaftspolitik bestehen, erklärte Angela Merkel.

mäßige Zusammenarbeit auf der Ebene der Generalsekretäre zu beginnen. Die CDU-Chefin erinnerte daran, dass die AKP im Europarat bereits maßgeblich in die christdemokratische „Parteiengemeinschaft“ eingebunden sei.



Laurenz Meyer:

# Den Schwarzmarkt mit dem Markt bekämpfen



Jeder Zweite kann sich vorstellen, es zu tun. Jeder Zehnte gibt zu, es schon mal getan zu haben. Die Rede ist von der Schwarzarbeit. Rund 360 Milliarden Euro werden in Deutschland jährlich in dieser boomenden „Branche“ erwirtschaftet, Tendenz steigend. Schwarzarbeit ist Teil eines gefährlichen Strudels, in dem sich Deutschlands Volkswirtschaft befindet: Massenarbeitslosigkeit – mit einem rasant anwachsenden Anteil Geringqualifizierter – und steigenden Steuern und Abgaben. Der Zusammenhang ist eindeutig belegt: In Ländern mit niedrigeren Steuern und Abgaben – wie USA, Schweiz, Großbritannien – wird deutlich weniger schwarz gearbeitet als im Hochsteuer – und Abgabenland Deutschland.

Doch statt mit einem mutigen Systemwechsel reagiert die Politik mit noch mehr Ordnungsmaßnahmen. Das Bundeskabinett hat sich vergangene Woche mit dem Thema Schwarzarbeit befasst. Aber die Regierung sollte zur Kenntnis nehmen, dass es nichts bringt, an

den Symptomen zu doktern. Man muss an die Ursachen ran, die Kräfte der sozialen Marktwirtschaft wieder in die richtigen Bahnen lenken. Mehr Kontrolle ist der falsche Weg, um das Problem der Schwarzarbeit an den Wurzeln zu bekämpfen.

Natürlich muss das Rechtsstaatsprinzip gelten, müssen Kriminelle und international organisierte, dem Menschenhandel nicht unähnliche Organisationen zur Vermittlung illegaler Arbeitskräfte aus dem Ausland strafrechtlich verfolgt werden. In der aktuellen Debatte geht es aber um etwas anderes: Zum Beispiel darum, Beschäftigung im haushaltsnahen Dienstleistungsbereich nicht zu kriminalisieren, sondern zu legalisieren und at-

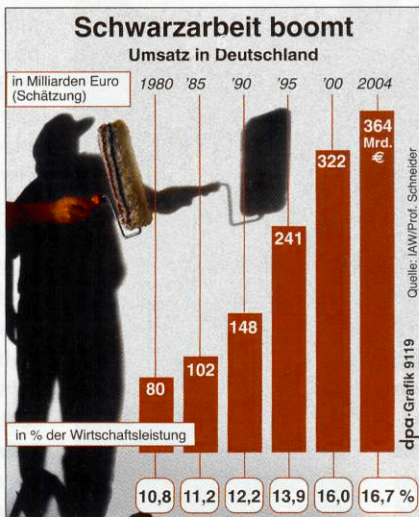
traktiv zu machen. Zum Beispiel darum, die Aufnahme regulärer Arbeit lukrativer zu machen als eine Kombination aus Sozialtransfers und Schwarzarbeit. Kurz: Es geht darum, das Anreizsystem wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Wenn die Grenzbelastung für einen durchschnittlichen Arbeitnehmer bei nur einer Stunde Mehrarbeit bereits 66 Prozent (und angesichts der demographischen Entwicklung bald gegen 80 Prozent strebt, wenn wir die Dinge laufen lassen) beträgt, dann ist auch der Anreiz für Mehrarbeit gleich Null – und einer der Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft, das Leistungsprinzip, außer Kraft gesetzt. Das Problem sind also nicht die Menschen, die schwarz arbeiten. Das Problem ist vielmehr die enorme Steuer – und Abgabenlast. Und das zweite Problem ist das starre Korsett des Sozialstaats mit Lohnersatzeinkommen als Konkurrenz zum Arbeitslohn. Wenn zudem Tarifparteien überproportional die unteren Lohngruppen bedenken und damit sicher bei den dort Be-

schäftigten Zustimmung finden, wird das Problem erst recht nicht gelöst. Im Gegenteil: Durch diesen Fehlanreiz werden Neueinstellungen in diesem besonders brisanten Teilbereich der Arbeitslosigkeit überproportional verteuert. Und Unternehmer dazu verleitet, Produktionsstätten mit solchen Arbeitsplätzen zusätzlich ins Ausland zu verlagern.

Gewählte Volksvertreter verhalten sich also weltfremd, wenn sie erst Anreizfunktionen setzen, die zum Fehlverhalten führen, sich dann über diese Entwicklung empören und mit neuen Ordnungsmaßnahmen reagieren – das ist ein Beschäftigungsprogramm für Juristen, nicht aber für die große Zahl von Arbeitslosen.

Der Staat reguliert am Bürger vorbei. Das führt nicht nur zu milliarden-schweren Einbußen bei Steuern und Sozialabgaben, sondern auch zu zusätzlichen Sozialtransfers an die Betroffenen. Darüber hinaus untergräbt es auch das Vertrauen der Bürger in ihren Staat. Politik muss zeigen, dass sie die Situation verstanden hat, muss die Wurzel des Übels angehen. Und zwar mit



marktwirtschaftlichem, nicht mit etatistischem Akzent. Der Hauptschalter, auf dem das Wort „Freiheit“ steht, muss umgelegt werden, damit die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft – Wettbewerb, Leistung, Verantwortung und Solidarität – auch im 21. Jahrhundert wieder gelten. Leistung muss sich wieder lohnen. Für den Staat heißt das, stärker nach dem Prinzip „Fordern und Fördern“ zu handeln: Die Gesellschaft fängt Schwache auf, aber Leben auf Kosten der Allgemeinheit wird bestraft. Für das konkrete politische Handeln bedeutet das: Deutschland braucht ein einfaches Steuersystem mit hohen Freibeträgen pro Familienmitglied, braucht einen spürbar deregulierten Ar-

beitsmarkt z.B. mit flexibleren Ausgestaltungsmöglichkeiten innerhalb der Flächentarifverträge, bei der Arbeitszeit und beim Kündigungsschutz für Neueinstellungen. Darüber hinaus müssen die aus den Sozialsystemen staatlich subventionierten Vorruhestandsregelungen gestoppt werden. Weiterhin braucht Deutschland dringend einen echten Niedriglohnsektor – Sozial-

transfers als Lohnersatzleistungen müssen zu einer Kombination von Lohnsatzleistungen und regulärer Arbeit werden. Schon 2004, schätzen Experten, könnte z.B. durch die kürzlich von der Union durchgesetzte 400-Euro-Lösung die Schwarzarbeit erstmals wieder sinken. Am Rande bemerkt: Wenn die Politik es nicht schafft, solche Anreize zu setzen, dann wird spätestens die EU-Osterweiterung Deutschland zum Handeln zwingen.

Hinter all diesen notwendigen Maßnahmen stehen zwei Motive. Ein materielles – nämlich den Faktor Arbeit wieder bezahlbar zu machen. Ein immaterielles – das Verhältnis zwischen Staat und Bürger wieder auszubalan-



cieren. Menschen brauchen Rahmenbedingungen, die ihnen Freiheit zur Entfaltung lassen. Anreize müssen so gesetzt werden, dass rationales Marktverhalten belohnt statt kriminalisiert wird und der Gesellschaft nützt, statt sie auszubeuten. Es funktioniert nicht, wenn der Staat gegen gesellschaftliche Realitäten handelt. Er muss sich wieder mit dem marktwirtschaftlichen Prinzip, dem freiheitlichen Menschenbild versöhnen. Es ist an der Zeit, ein neues Verständnis darüber zu formulieren, was des Staates ist und was des Bürgers.

#### BUCHTIPP

■ Norbert Franck: Handbuch Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 2003. 252 Seiten. 12,90 Euro.

Der Autor, selbst Pressesprecher und Journalist, erklärt Grundlegendes der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit anschaulich und ausführlich. Zahlreiche Checklisten, goldene Regeln, Tricks und Tipps liefert er zu jedem der vier großen Kapitel.

**Empfehlung:** Universallektüre für Autodidakten im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Volker Kauder:

## Quo vadis, Deutschland?

**Deutschland steckt in einer Regierungskrise, die sich inzwischen zur Dauerkrise ausgewachsen hat. Schröders Hoffnung, durch den Verzicht auf sein Parteiamt die Gemüter beruhigen zu können, hat getrogen.**

Vielmehr hat sein Schritt gerade den Sozialdemokraten Auftrieb gegeben, denen die ganze Richtung der Agenda 2010 nicht passt oder nie gepasst hat. Der Kampf, den er mit der eigenen Gefolgschaft um die Durchsetzung seiner Reformen führen musste und das sich in jüngster Zeit immer noch steigende Dauerlamento über handwerkliche Fehler und Fehlbesetzungen in der Regierung haben Schröder zugesetzt.

Die offiziell verkündete Lesart, dass Schröder Ballast in der Partei habe abwerfen wollen, um als Regierungschef handlungsfähiger zu werden, wird immer unglaubwürdiger. Er kann von Glück sagen, wenn ihn die Partei als Kanzler noch eine Weile erträgt. Die Gründe, warum sich die SPD-Basis von ihrem Vorsitzenden Schröder entfremdete, bestehen fort – sie können aber auch dazu führen, dass sie

sich auch von ihrem Kanzler Schröder abwendet. Hinzutreten das unsägliche Desaster mit der LKW-Maut und das Scheitern fast aller hoch gepriesenen Ideen aus den Hartz-Vorschlägen. Der Kanzler und die gesamte Bundesregierung stecken in einer tiefen Krise – und damit auch die Republik.

Die Auswirkungen der politischen Selbstentmachtung Schröders werden auch im Wirtschaftsgeschehen schnell zu spüren sein. Die rationalen und ökonomisch überzeugenden Argumente, mit denen Schröders eher vorsichtige Reformkurs begründet wurde, versucht man jetzt beiseite zu wischen. Bislang konnte man hoffen, das Fenster für weitere, Wachstum und Beschäftigung fördernde Reformen stehe noch etwa bis zur Sommerpause offen. Nun hat Schröder dieses Fenster unter dem Druck der innerparteilichen Widerstände ohne Vorwarnung vorzeitig zuschnappen lassen.

Viele Stimmen halten Schröders autokratischen und gouvernementalen Politikstil insgesamt, den Versuch, jenseits von Fraktion und Partei mit Hilfe von Be-

ratergremien, Konsensrunden und Medienauftritten agieren zu wollen, für gescheitert. Wieder einmal zeigt sich, dass entgegen allen Dementis nur das Prinzip der raschen, sprunghaften Wenden und der Konzeptlosigkeit in der schröderschen Regierungszeit noch intakt ist. In Schönwetterphasen mag die Methode-Schröder verfangen, nicht bei der Grundsanierung eines Landes. Die Substanz seiner Politik wird sich nicht ändern, hat er gesagt, als er den Parteivorsitz an Müntefering abtrat. Das kann man nur als eine Drohung verstehen für unser Land.

Als Schwerpunkte für dieses Jahr bezeichnete der neue starke Mann Franz Müntefering die Ausbildungsplatzabgabe, die Einigung über das Zuwanderungsgesetz, höhere Erbschaftsteuern und die Belebung der Vermögensteuer. Der deutsche Arbeitsmarkt wartet aber weder auf mehr Zuwanderung noch auf eine weitere Abgabe für die Wirtschaft, die die Arbeit verteuert; mit den Plänen zur Steuererhöhung erreicht man nichts anderes, als das Geld aus Deutschland hinauszutreiben. Diese Politikziele sind grundfalsch und eben nicht das, was unser Land braucht. „Man kann sich Zeit



nehmen“, sagte Müntefering zudem. Deutschland hat aber unter dieser Regierung schon so viel Zeit verschwendet, dass es auf dem letzten Platz in Europa gelandet ist. Nur diese Regierung glaubt nach diesem ersten Reformschritt, weiter tatenlos bleiben zu können. So ist zu fürchten, dass es bis zu den Wahlen 2006 wenn nicht zu Rückschritten, so doch bestenfalls zu einem Stillstand für unser Land kommt.

### Reformunfähigkeit

Schröders Rücktritt vom SPD-Parteivorsitz beweist, dass linke Parteien nicht geeignet sind, in Wohlfahrtsstaaten Wirtschafts- und Sozialreformen durchzuführen. Außer in Großbritannien – wo sich Blair aber auf Thatchers Revolution stützen konnte – hat sich in keiner großen europäischen Volkswirtschaft eine linke Partei

als solcher Reformmotor erwiesen. Entweder gingen die Reformen baden oder die Parteien. Nun ist in Deutschland beides passiert. Der Traum von den Linken als Gestaltungskraft für Wachstums- wie Sparpolitik oder für Deregulierung ist ausgeträumt. Die mächtigen Beharrungsfractionen in der SPD haben sich durchgesetzt. Auf lange Sicht ist damit für die SPD die Chance vertan, Reformpartei zu sein.

Die obersten Sozialdemokraten sagen zwar öffentlich noch laut, dass sie auf Reformschritt bleiben. Doch heimlich hoffen sie um die 14 Wahlen dieses Jahres zu überstehen, dass sich die Wirklichkeit allein deshalb ändert, weil sie sie nicht mehr zur Kenntnis nehmen. Wenn die Wähler der SPD ihren Unmut bei der Vielzahl der Wahlen dieses Jahres aber auf dem Wahlzettel quittieren, steht zu befürchten, dass die Partei sich total verabschiedet wird als zukunftsstaugliche Partei. Zurück mit der unbilligen Belastung der Rentner und Betriebsrentner – mögen doch die Renten – und Krankenversicherungsbeiträge steigen wie sie wollen. Her mit der Ausbildungsplatzabgabe – bis die betriebliche Erstausbildung zusammenbricht und der Faktor Arbeit end-



gültig unbezahlbar ist. Mit dem Rücktritt des Parteivorsitzenden ist eine inoffizielle Kanzlermehrheit für die Nach-mir-die-Sintflut-Politik zu Stande gekommen.

Der linke SPD-Flügel hat den Rückmarsch ausgerufen, die Abkehr von der Agenda 2010 und die Korrektur der Reformbeschlüsse. Vernünftige Leute selbst in der SPD fürchten, dass auf die Personalentscheidungen in Kürze ein Kurswechsel folgen könnte, mit dem sich die Partei „das eigene Grab schaufeln“ würde – und Deutschland dazu. Die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe scheint nicht mehr zu stoppen, obwohl sie in der derzeitigen konjunkturellen Lage verfehlt ist und u. a. eine neue Behörde von ca. 900 Mitarbeitern einschließlich der dazugehörigen Bürokratie erzeugen wird.

## Schaden für Deutschland

Dieses Signal wäre verheerend. Die Aufbruchstimmung, die die rot-grüne Regierung durch die mit Hilfe der Union erzielten Vermittlungsergebnisse im Sozialwesen, in der Steuerpolitik und auf dem Arbeitsmarkt erzeugen wollte, droht einer lähmenden Apathie zu weichen.

Man muss sich vor Augen führen, welchen Belastungen der schwache Aufschwung ausgesetzt wird, wenn die Ausbildungsplatzabgabe kommt, Steuern erhöht werden oder der grüne Umweltminister seinen energiepolitischen Crashkurs fortsetzt. Nichts braucht Deutschland weniger; denn die Folgerungen, die Investoren und Unternehmen daraus ziehen werden, dürften die schleichende Auswanderung der fertigen Unternehmen einmal mehr beschleunigen. Am 1. Mai werden osteuropäische Nachbarländer der EU beitreten, die für abwanderungsbereite Unternehmen kostengünstige Standorte und Arbeitskräfte bieten werden. Die Bundesregierung unternimmt nichts gegen die damit verbundene Gefahr des Abzugs von Arbeitsplätzen aus Deutschland. Sie verweigert die politische Auseinandersetzung mit den unbequemen Seiten der Wirklichkeit, den unerledigten Aufgaben etwa, die das Wachstum weiter von innen bedrohen.

Stattdessen propagiert man eine andere Politik, eine andere Republik; eine, die sich im Ruf nach „sozialer Gerechtigkeit“ selbst genug ist und nach dem Geld dafür nicht fragt. Viele wissen nicht, dass der Traum vom

Fürsorgestaat ausgeträumt ist – Deutschland ist eben nicht umgeben von Mauern. Was bringt der Verzicht auf die Reform der Pflegeversicherung in diesem Jahr, wenn die Politik-Verbitterung der Beitragszahler, die stattdessen zahlen müssen, trotzdem wächst und wächst? In früheren Zeiten genoss Deutschland Respekt in der Welt wegen seiner Leistungsstärke und Wirtschaftskraft. Dieser Respekt ist zuletzt vielfach dem Spott gewichen. Der Spott könnte aber in Angst umschlagen. Angst nicht vor der Stärke, sondern vor der Schwäche in der Mitte Europas. Vieles spricht dafür, denn eine Linie oder ein Profil deutscher Politik ist nicht mehr zu erkennen. Orientierungsschwäche, Sprunghaftigkeit und vordergründiges Taktieren bestimmen das Bild wie noch nie. Wenn Deutschland sich Dank Schröder und der SPD als reformunfähig erweist, in einigen Jahren die EU nach unten zieht und innerlich nicht mehr als stabil angesehen wird, ist dies nicht nur ein Schaden für Deutschland. Daher stellt sich in diesen Wochen verstärkt die Frage, wohin Deutschlands Weg führt.

**Volker Kauder** ist erster parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

# Fatales Signal für Deutschland

Die Bundesregierung hat bei der elektronischen Lkw-Maut auf der ganzen Linie versagt und eines der technologisch vielversprechendsten Projekte gegen die Wand gefahren. Die Schuld trifft den Bundesverkehrsminister und den Kanzler, der dem Treiben viel zu lange zugesehen hat.

Die Maut-Blamage ist ein fatales Signal für das Image des Innovations- und Technologiestandorts Deutschland in der Welt. Diese Blamage hat die Bundesregierung zu verantworten. Von vornherein ist Rot-Grün mit dem Maut-Projekt dilettantisch umgegangen: Angefangen von einem unglaublich schlecht ausgehandelten Vertrag über die mangelhafte, unprofessionelle Be-

gleitung des Projektes, das fehlendes Controlling, die vorzeitige Kündigung der Eurovignette, die voreilige Verplanung der erwarteten Einnahmen für den Bundeshaushalt bis hin zum Unvermögen, mit den Partnern in der Industrie nachträglich eine Verbesserung der Konditionen zu verhandeln.

Die Kündigungsanzeige lässt die Möglichkeit zur Nachbesserung offen. Diese Chance in letzter Minute muss unbedingt genutzt werden. Eventuell eingehende Angebote neuer Anbieter müssen mit den Angeboten von Toll Collect verglichen werden. Mit ihrem laienhaften Vorgehen hat Rot-Grün dafür gesorgt, dass die Perspektiven für die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland so



Dirk Fischer



Klaus Lippold

schlecht sind wie noch niemals zuvor. Für die Finanzierung der Verkehrswege ist durch das Maut-Desaster der Chaosfall eingetreten. Im Jahr der EU-Osterweiterung fehlen drei Milliarden Euro!

Die Union fordert die Regierung auf, ein neues Finanzierungsprogramm für die Verkehrswege vorzulegen.

**Dirk Fischer** ist verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Klaus Lippold** ist Stellv. Fraktionsvorsitzender.

## LAURENZ MEYER: DAS CHAOS GEHT WEITER!

Es tut weh zu sehen, wie Stolpes Maut-Debakel Deutschland zur Lachnummer in Europa macht. Nach der Entscheidung ist absehbar, dass weitere Stufen der Blamage folgen werden und das Chaos weitergeht. Vor dem Hintergrund des Maut-Desasters wirkt es geradezu aberwitzig, dass der Bundeskanz-

ler Innovation und neue Technologien zum politischen Schwerpunkt in 2004 ausruft. Die aktuellen Konsequenzen von Stolpes unfähigem Krisenmanagement sind: Weitere zwei Monate Zeitverzug, weitere Einnahmeverluste, Stopp für den Straßenbau und damit die Gefährdung von Zehntausenden Jobs.

Die Bundesregierung muss jetzt durch Umschichtung von Haushaltsmitteln zugunsten des Straßenbaus schnellstmöglich dafür sorgen, dass nach dem deutschen Imageverlust der handfeste wirtschaftliche Schaden für Arbeitsplätze, Unternehmen und Infrastruktur nicht noch größer wird.



## Die Folgen des Debakels

Auf 6,5 Mrd. € beziffert Bundesverkehrsminister Stolpe (SPD) die Schäden durch den gescheiterten Start der Maut. Bereits die Verzögerung des Starts hat bisher 2,2 Mrd. € Einnahmeausfälle zur Folge. Jeden Monat entgehen dem Bund Maut-Einnahmen von 180 Mio. €. Die Notlösung „Vignette“ würde gerade einmal 40 Mio. € pro Monat bringen und ist frühestens ab Oktober 2004 realisierbar.

Die deutschen Spediteure geben der Bundesregierung die Mitverantwortung am Desaster um die LKW-Maut. Die Bundesregierung habe höchst fahrlässig gehandelt, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Speditions- und Logistikverbandes Heiner Rogge. Es droht ein beispielloser Investitionsstau in Deutschland. Als möglicher Ausgleich fällt Rot-Grün bisher nichts Besseres ein, als wieder einmal die Neuverschuldung zu erhöhen. Die Konsequenzen ihres Versagens haben aber wieder einmal die Bürger zu tragen. Manche eher indirekt, viele aber sehr direkt: In Form des möglichen Verlustes ihres Arbeitsplatzes als

Rot-Grün tut weh!

# MAUT

Besser für die Menschen.



Ingenieur oder Bauarbeiter etwa. „Wenn die Einnahmeverluste aus der Maut voll zu Lasten der Investitionen gehen sollten, stehen 70000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Das Mautdesaster darf nicht auf dem Rücken der Bauwirtschaft ausgetragen werden“, fordert der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, Arndt Frauenrath. Durch die Haushaltssperre hat Rot-Grün den ersten Schritt dahin aber bereits getan. So gibt es im Jahr 2004 erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland bei Straße und Schiene kein einziges Neubauprojekt. Allein beim Straßenetat werden nach Planungen noch vor der Kündigung 685 Mio. € gekürzt. Der ADAC listet sogar 70 Straßenbauprojekte auf, die durch den Maut-Ausfall gefährdet sind oder bereits

auf der Streichliste stünden. Warnende Worte auch vom Vorsitzenden des Bundesverbandes Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung, Karlheinz Schmidt: „Ein marodes Straßensystem gefährdet den ganzen Standort Deutschland.“

### KURIOSITÄT

Vielleicht gibt es für Manfred Stolpe ja doch noch einen Ausweg, die vorhandenen Kontrollbrücken auf den Autobahnen gewinnbringend zu nutzen: Der Möbel-Discounter Roller will für eine Mio. € die vorhandenen Apparaturen als Werbefläche verwenden. In einem Schreiben an den Minister bat der Möbelkonzern, einen Ansprechpartner im Ministerium zu benennen. Es bleibt zu hoffen, dass die Verhandlungen erfolgreicher verlaufen.

## Bisherige Kosten für das Maut Desaster

Das Bundesamt für Güterverkehr in Köln sollte ab dem 31. August 2003 die Einhaltung der Gebührenpflicht nach der LKW-Maut kontrollieren und überwachen. Dafür sind beim Bundesamt für Güterverkehr insgesamt 974 Stellen vorgesehen, von denen bereits zur Jahresmitte 2003 mehr als 500 Stellen besetzt waren. Für Personal-, Verwaltungs- und IT-Ausgaben zur Erledigung der nicht vorhandenen Maut-Aufgaben beim Bundesamt für Güterverkehr sind im Bundeshaushalt 2002 und 2003 bereits Ausgaben in Höhe von rd. 80 Mio. € veranschlagt gewesen. Darüber hinaus sind im Bundeshaushalt nicht im Einzelnen ausgewiesene Ausgaben im Hinblick auf die Einführung und Verwaltung der LKW-Maut auch beim Verkehrsministerium selbst und beim Kraftfahrt-Bundesamt in beträchtlicher Höhe angefallen. Hinzu kommen noch rd. 500 T € für die Verwaltungsausgaben der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft, die zur Bewirtschaftung der bisher nicht angefallenen Maut-Einnahmen gegründet worden ist.

Bei der Einführung der LKW-Maut hat sich das Verkehrsministerium bisher für rd. 20 Mio. € von der „Beratergruppe LKW-Maut“, einer aus fünf Mitgliedern bestehenden Arbeitsgemeinschaft, und anderen externen Gutachtern und Sachverständigen beraten lassen. Durch den Wegfall der bis zum 31. August 2003 erhobenen EURO-Vignette und die bis auf Weiteres verschobene Einführung der LKW-Maut wird derzeit gar keine Autobahnbenutzungsgebühr in Deutschland erhoben. Die Einnahmeausfälle aus dem Wegfall der EURO-Vignette belaufen sich allein für das Jahr 2003 auf ca. 170 Mio. €. Jährlich sind aus der EURO-Vignette ca. 475 Mio. € zu erwarten gewesen. Wäre die LKW-Maut wie vorgesehen zum 31. August 2003 eingeführt worden, hätten dem Bundeshaushalt nach Angaben des Verkehrsministeriums im Jahr 2003 netto rd. 625 Mio. € mehr zur Verfügung gestanden. Im Jahr 2004 entstehen durch die Nicht-Erhebung der LKW-Maut monatlich netto rd. 180 Mio. € Minder-einnahmen.

## An Ostdeutschland denken



Arnold Vaatz

**Durch die fehlenden Einnahmen wird die Bedarfsplanung im Bundesverkehrswegeplan zur Makulatur.**

Erst unlängst noch hatte Stolpe versichert, dass die ostdeutschen Verkehrsprojekte mit höchster Priorität gebaut werden. Jetzt gibt es schon die ersten Baustopps wegen fehlender Finanzmittel. Durch Stolpes Scheitern bei der Maut dürfen die ostdeutschen Verkehrsprojekte nicht in Frage gestellt werden. Ich fordere die Bundesregierung auf, sich zum Weiterbau der ostdeutschen Verkehrsprojekte zu bekennen und eine klare Finanzierungszusage zu geben.

**Arnold Vaatz** ist Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der Abgeordneten der neuen Bundesländer.



# 2 Milliarden-Euro-Loch für Finanzminister Eichel

Das Maut-Desaster hat schon jetzt eine erhebliche Lücke geschlagen (siehe Kasten „Bisherige Kosten für das Maut-Desaster“, Seite 12). Allein im Bundeshaushalt 2004 fehlen 2,1 Milliarden Euro, von denen Rot-Grün keinen Schimmer hat, wie sie gedeckt werden sollen. (2005 fehlen weitere Milliarden.)

Der Bundesfinanzminister ist aufgefordert, durch Umschichtung die aufgeblähten Verwaltungsausgaben zugunsten der Verkehrsinvestitionen zu kürzen. Eine Kreditfinanzierung, auf welchem Wege auch immer, ist angesichts eines bereits jetzt verfassungswidrigen Haushaltes nicht verantwortbar.

Die von Verkehrsminister Manfred Stolpe ins Spiel gebrachten Überlegungen zu einer Kreditaufnahme durch die Verkehrsinfrastrukturgesellschaft sind nur der Versuch, die Erhöhung der Neuverschuldung des Bundes über einen weiteren Schattenhaushalt zu verschleiern. Die Behauptung, diese Kredite würden nicht dem Bund zugerechnet und seien da-



Dietrich Austermann

durch auch nicht relevant mit Blick auf das Maastrichter-Defizitkriterium, ist nicht haltbar.

Mit der heutigen Entscheidung ist endgültig klar geworden, dass es weiter auf absehbare Zeit kein Geld für den Verkehrshaushalt aus Maut-Einnahmen geben wird. Jetzt rächt sich, dass die Bundesregierung in Erwartung dieser einnahmen die „eigenen“ Verkehrsinvestitionen im Bundeshaushalt um rd. 22 % gekürzt hat! Das Maut-Desaster ist ein weiterer Beweis für die Unfähigkeit von Rot-Grün, eine solide und verlässliche Haushalts- und Finanzpolitik zu machen.

**Dietrich Austermann** ist haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Chronik des Scheiterns

**August '01:** Bundeskabinett beschließt Mauteinführung für das Jahr 2003.

**Dezember '01:** Wiederholung der Ausschreibung wegen Formfehlern.

**Juni '02:** Toll Collect (DaimlerChrysler, Deutsche Telekom und Cofiroute) erhält den Zuschlag.

**September '02:** Verkehrsminister Bodewig (SPD) unterzeichnet Mautvertrag. Vereinbarungstermin: 31. August 2003.

**Juli '03:** Verschiebung des Starttermins auf den 2. November 2003. EU-Kommission leitet Verfahren gegen Deutschland ein, um Rechtmäßigkeit der LKW-Maut zu prüfen.

**Oktober '03:** Starttermin wird auf unbestimmte Zeit verschoben. Führungsspitze von Toll Collect wird ausgewechselt.

**November '03:** Bundestag sperrt Verkehrsinvestitionen im Haushalt für 2004 von 1 Mrd. Euro.

**Dezember '03:** Ultimatum von Verkehrsminister Stolpe: Bis 31.1. '04 soll Toll Collect neuen Starttermin benennen.

**Januar '04:** Toll Collect bietet Mautsystem in 2 Stufen an: Start erste Version am 31. Dezember. Am 31. 12. '05 Start voll funktionsfähiges System.

**17. Februar '04:** Stolpe erklärt Verhandlungen für gescheitert und plant Kündigung des Vertrages mit Toll Collect.

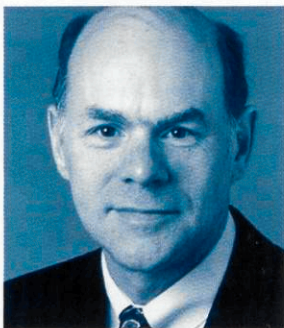
Norbert Lammert:

## Kultur braucht keine Entflechtung

**Zu den aktuellen Überlegungen zur 'Entflechtung' von Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern im Kontext der Föderalismuskommission erklärt der Vorsitzende des Gesprächskreises Kultur der CDU Deutschlands.**

Der Gesprächskreis Kultur der CDU Deutschlands hat sich nachdrücklich gegen eine 'Entflechtung' der gewachsenen Strukturen in der Kulturförderung von Kommunen, Ländern und Bund ausgesprochen und vor einer Aufnahme der Kulturförderung in den Themenkatalog der Föderalismuskommission gewarnt. Gesetzgebungskompetenzen – soweit vorhanden – seien im Kulturbereich zwischen Bund und Ländern ohnehin nicht streitig, vorhandene gemeinsame Finanzierungen von Kultureinrichtungen hätte sich bewährt und blieben unverzichtbar.

„Für die angestrebte 'Entflechtung' von Aufgaben zwischen Bund und Ländern besteht im Kulturbereich keinerlei Notwendigkeit. Im Gegenteil sind gravierende Probleme unvermeidlich, wenn bewährte Kooperationsmodelle und damit ver-



bundene wechselseitige Finanzierungszusagen durch eine unnötige 'Flurbereinigung' aufgegeben werden müssten“, so Lammert. „Es ist bemerkenswert, dass weder Vertreter des Bundes noch der Länder, am wenigsten aber die Repräsentanten der Kulturszene aus ihrer jeweiligen Sachkenntnis und Interessenlage einen Bedarf an 'Entflechtung' erkennen können.“

Die Mitglieder desremiums haben dazu die folgende gemeinsame Erklärung verabschiedet:

■ 1. Kunst – und Kulturförderung ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Kommunen, Ländern und Bund. Diese Aufgabenteilung ist nicht nur historisch gewachsen, sie ist in dieser Verbindung auch die einzig sachgerechte Umsetzung des Selbstverständnisses des

Kulturstaaes Deutschland unter den Bedingungen einer föderalistisch verfassten Ordnung. In diesem Sinne ist die Förderung von Kunst und Kultur eine „Pflichtaufgabe“ von Bund, Ländern und Gemeinden.

■ 2. Eine Entflechtung der gewachsenen Aufgabenverteilung im Kulturbereich würde die verfügbaren finanziellen Mittel nach allen Erfahrungen der Vergangenheit deutlich reduzieren und damit die Förderspielräume von Institutionen und Projekten erheblich verringern. Als Ergebnis einer solchen 'Entflechtung' würden Kunst und Kultur nicht gestärkt, sondern geschwächt.

■ 3. Die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung von Bund und Ländern liegt insbesondere, aber nicht nur bei national und international herausragenden Kultureinrichtungen und Projekten aus grundsätzlichen wie aus praktischen Gründen im vitalen Interesse des Bundes wie der Länder, vor allem aber der Träger, Akteure und Besucher der Kultureinrichtungen.“

**Norbert Lammert**, MdB, ist Vizepräsident des Deutschen Bundestages.



Hans-Gert Pöttering:

## Methodisch und inhaltlich der falsche Weg

Als inhaltlich und methodisch falschen Weg hat der Spitzenkandidat der CDU für die Europawahl und Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, das Sondergipfeltreffen zwischen Bundeskanzler Schröder, dem französischen Staatspräsidenten Chirac und dem britischen Premierminister Blair in Berlin kritisiert.

Dieser Sondergipfel sei methodisch falsch, da er zu einer Gruppenbildung in der Europäischen Union führe und den Argwohn aller nichtbeteiligten Partner hervorrufe, wie die Reaktion aus mehreren Ländern bereits gezeigt habe. Aber auch inhaltlich führe der Gipfel auf einen Holzweg.

„Mit neuen Posten in der EU-Kommission sind wirtschaftliche Probleme nicht zu lösen, vielmehr geht es darum, notwendige Reformen der europäischen Wirtschaftsverfassung durchzuführen“, erklärte Pöttering. Die Berufung allein auf notwendiges Wirtschaftswachstum weise in die falsche Richtung. Stabilität und Haushaltssanierung



seien die Voraussetzung für stabiles Wachstum, da eine neue Verschuldungspolitik die Probleme nur weiter verschärfen würde. „Zu Fragen der Stabilitätspolitik und der Haushaltssanierung fehlt von dem Sondergipfel jedoch jedes Signal“, erklärte Pöttering.

### Eingriff in die Koordination

Die Idee eines „Superkommissars“ nach dem Vorbild des gescheiterten „Modells Clement“ auf die Europäische Union zu übertragen sei eine Anmaßung, da es auch in die Koordinierungsaufgabe des zukünftigen Kommissionspräsidenten eingreife. Schröder, Chirac und Blair verhielten sich so, als wenn die Minister-

präsidenten der drei größten Bundesländer, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg, in die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers eingreifen würden.

Ein klares positives Signal für die Verabschiedung der Europäischen Verfassung und einen Hinweis auf Kompromissbereitschaft zur Lösung der strittigen Fragen habe dieser Sondergipfel bedauerlicherweise nicht erkennen lassen. Dies hätte ein konstruktiver Beitrag des Gipfels für die europäische Politik sein können.

„Die Europäische Union kann nur dann funktionieren, wenn die politische Debatte im Rahmen der Gemeinschaftsinstitutionen geführt wird und nicht Beschlüsse auf isolierten Sondergipfeltreffen gefasst werden, die dann den anderen kleineren Ländern aufgezwungen werden sollen. Eine solche Politik birgt die Gefahr des Auseinanderfallens der Europäischen Union in verschiedene Gruppen und Grüppchen und zeichnet Konflikte in der Europäischen Union vor,“ erklärte Pöttering.

## Erste Bundesfachausschüsse zusammengetreten

**Mit der Konstituierung der ersten Bundesfachausschüsse zu Beginn des Jahres hat die programmatische Arbeit der CDU weiter an Fahrt zugenommen.**

Auftakt bildete der erste Zusammentritt des Bundesfachausschusses „Internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte.“ Zum Vorsitzenden wurde der Europa-



Armin Laschet

abgeordnete Armin Laschet gewählt, der in der Vergangenheit bereits den Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik geleitet hatte. Stellvertreter sind die Bundestagsabgeordneten Claudia Nolte und Peter Weiß. Als Arbeitsschwerpunkte wurden die Themen Kinderarbeit und Kindersoldaten und die Reform der Vereinten Natio-

nen beschlossen. Darüber hinaus will der Bundesfachausschuss Konzepte der Zusammenarbeit mit Ländern und Regionen erarbeiten.

Zum Vorsitzenden des Bundesfachausschuss Europapolitik der CDU Deutschlands wurde Elmar Brok gewählt. Der Europaabgeordnete hatte bereits in der Vergangenheit den Bundesfachausschuss geleitet. Als Stellvertreter wurden der Bundestagsabgeordnete Peter Altmeier und die Europaministerin des Landes Brandenburg, Barbara Richstein, gewählt. Auf der Agenda des Bundesfachausschusses stehen der Europäische Verfassungsvertrag, die EU-Erweiterung und die Lissabon-Strategie.

Dem Bundesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmergesellschaft Deutschlands, Hermann-Josef Arentz, wurde die Leitung des Bundesfachausschusses „Gesellschafts- und Sozialpolitik“ übertragen. Vertreten wird der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete von der niedersächsischen Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, Ursu-



Elmar Brok

la von der Leyen, und dem Bundestagsabgeordneten Hartmut Schauerte. In seiner Antrittsrede erläuterte der Vorsitzende Arentz, dass man sich auch künftig als sozial- und gesellschaftspolitische Ideenwerkstatt der CDU Deutschlands verstehe und der Ansprechpartner für Bürger, Verbände und Organisationen sein werde. Die Aufgabe müsse sein, die anstehenden Reformmaßnahmen kritisch zu begleiten, eigene Ideen und Konzepte zu entwickeln und diese in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen zu diskutieren. Dabei dürfe die soziale Gerechtigkeit nicht aus dem Blickwinkel geraten. Der Bundesfachausschuss beschloss, sich unter anderem mit folgenden Themen zu





Hermann-Josef Arentz

befassen: Reform der Bundesagentur für Arbeit, Reform der Pflegeversicherung, insbesondere Prävention und geriatrische Rehabilitation, Pflegepersonal, Ausbildung von Pflegekräften, Situation in den Heimen, Behindertenpolitik, Bürgergesellschaft/Ehrenamt, Aufbau und Pflege von Kontakten zu Verbänden.

Die Leitung des Bundesfachausschusses Umwelt-, Natur- und Klimaschutz wurde dem umweltpolitischen Sprecher und Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Paziorek, übertragen. Zu seinen Stellvertretern wählten die Ausschussmitglieder die Bundestagsabgeordnete Tanja Gönner und den Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt, Stefan Baldus.

Der Bundesfachausschuss hat sich zum Ziel gesetzt, sowohl die umweltpolitischen Grundlagen und Grundwerte der Union aufzuzeigen, als auch für die verschiedenen Themenfelder des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. „Wir wollen deutlich machen“, so der Bundesfachausschuss-Vorsitzende Peter Paziorek, „dass es der Union mit innovativen Konzepten durchaus gelingen kann, das in Deutschland so dringend er-



Peter Paziorek

forderliche wirtschaftliche Wachstum mit technologischem Fortschritt und einer Verbesserung der Umwelt in Einklang zu bringen.“

## HINTERGRUND: BUNDESFACHAUSSCHUSS

Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands kann zu seiner fachlichen Beratung und Unterstützung Fachausschüsse und Arbeitskreise einsetzen. Die Bundesfachausschüsse der CDU haben die Aufgabe, die Programmatik der CDU im Detail zu formulieren und zu ergänzen, der interessierten Fachöffentlichkeit ein kompetenter Ansprechpartner zu sein, die Beziehungspflege zwischen der Partei sowie Institutionen und Verbänden zu unterstützen und einen Beitrag zur Koordinierung der Politik der CDU in den Ländern zu leisten.

Die Mitglieder dieser Ausschüsse werden vom Generalsekretär berufen. Die Vorstände der Landesverbände, der Bundesvereinigungen, des EAK und des RCDS können dem Generalsekretär Personalvorschläge unterbreiten. Dabei achtet der Generalsekretär darauf, dass das Expertenwissen aus den Gliederungen der CDU sowie aus Verbänden und Institutionen in den Bundesfachausschüssen zusammengeführt wird.

*Quelle: Statut der CDU Deutschlands, Ordnung der Bundesfachausschüsse der CDU*

## Neujahrsempfang in Bremen

**Auf dem Neujahrsempfang der Bremer CDU hat der Landesvorsitzende Bernd Neumann vom Koalitionspartner SPD die Einforderung der von Bundeskanzler Schröder gegebenen Finanzzusagen für das Land verlangt.**

„Das Einlösen der in dem so genannten Kanzlerbrief zugesicherten Gelder ist für Bremen existenziell“, sagte Bernd Neumann auf einem der größten Neujahrsempfänge der Union vor etwa 3000 Zuhörern. Der Bremische Regierungschef Scherf (SPD) könne seinen Plan, sich 2005 aus der Politik zurückzuziehen, erst dann umsetzen, wenn er den Kanzlerbrief auch wirklich durchgesetzt habe.

Schröder hatte Scherf im Juli 2000 in Verbindung mit der Verabschiedung der Steuerreform im Bundesrat schriftlich zugesagt, dass dem Land finanzielle Nachteile aus dieser Reform ausgeglichen würden.

Die Zusammenarbeit in der Großen Koalition bezeichnete Bernd Neumann als gut und meist geräuschlos, auch wenn es gelegentlich Kontroversen gebe. „Wer hätte in den 80er Jahren geglaubt, dass in Bre-



men die CDU zehn Jahre später in die Regierungsverantwortung kommt, die jetzt in die dritte Legislaturperiode geht“, sagte der Landesvorsitzende selbstbewusst. Als Beispiel für gelegentliche Meinungsunterschiede zwischen der Bremer CDU und SPD nannte er das Kopftuchverbot an Schulen. Während die Bremer SPD in dieser Frage noch heillos zerstritten ist, stellte Bernd Neumann klar: „Die Bremer CDU wird Kopftücher in den Schulen nicht tolerieren.“

Der stellvertretende Regierungschef, Bürgermeister Hartmut Perschau lobte den Gastredner des Neujahrsempfangs, Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff, für die gute Zusammenarbeit. „Wir beweisen damit, dass es nicht darauf ankommt, dass Län-

der verschmelzen, sondern dass sie gut zusammenarbeiten“, so Hartmut Perschau.

Der Ehrengast des Neujahrsempfangs, Christian Wulff, mahnte in seiner mit großer Begeisterung aufgenommenen Rede weitere, durchgreifende Reformen für den Arbeitsmarkt, die Sozialversicherungen und die Finanzordnung an. Der jüngste Kompromiss im Vermittlungsausschuss könne nicht darüber hinweg täuschen, dass Deutschland die eigentlichen Reformschritte noch vor sich habe.

Den Nordwesten Deutschlands bezeichnete Christian Wulff als „Zukunftsregion“, in der „Aufbruchstimmung“ herrsche. Als Beispiele führte er den neuen Wesertunnel und das „Jahrhundertbauwerk“ Tiefseehafen in Wilhelmshaven an.



## Sperrminorität bei Embryonenforschung beachten.

### Stellungnahme zur weiteren Planung der EU-Kommission, verbrauchende Embryonenforschung zu fördern:

Die EU-Kommission sollte keine Embryonenforschung fördern, für die Embryonen zur Herstellung von Stammzellen zerstört wurden. Gegen eine finanzielle Unterstützung entsprechender Forschungsprojekte stimmte Ende letzten Jahres eine Sperrminorität im Forschungsministerrat.

Forschungskommissar Busquin wird aufgefordert, auf die Bedenken dieser Sperrminoritätsländer Rücksicht zu nehmen und zu respektieren, dass verbrauchende Embryonenforschung in mehreren Mitgliedsstaaten als Instrumentalisierung menschlichen Lebens, als Verstoß gegen die Menschenwürde und das Recht auf Leben verstanden wird.

Ein ausreichender Embryonenschutz ist nur gewährleistet, wenn – wie in Deutschland – ein fester Stichtag für den Import und die Verwendung embryonaler Stammzellen gilt. Nur dann entstehen keine Anrei-



Thomas Rachel

ze für die Tötung von Embryonen zur Stammzellherstellung. Eine entsprechende Beschränkung, welche Stammzellen für von der EU unterstützte Projekte verwendet werden dürfen, sieht die Planung der EU-Kommission jedoch nicht vor.

Dies widerspricht der ethischen Grundüberzeugung der Sperrminoritätsländer.

**Thomas Rachel** ist Sprecher der CDU/CSU-Fraktion in der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“.

## CDU/CSU-Positionen zum TKG bestätigt

### Erklärung zum Sondergutachten der Monopolkommission zum Entwurf des Telekommunikationsgesetzes:

Die Monopolkommission bestätigt in ihrem Sonder-

gutachten in zentralen Punkten die Positionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur TKG-Novelle. So stellen die Wettbewerbshüter fest:

- Das Kriterium des „funktionsfähigen Wettbewerbs“ als Eingriffsschwelle für Regulierungsmaßnahmen ist nicht EU-rechtskonform und muss geändert werden;
  - die Maßnahmen zur Regulierung sind im Interesse des Wettbewerbs zwingend um Instrumente der „soft Regulation“ zu erweitern und in das Auswahlermesen der Regulierungsbehörde zu stellen;
  - es muss klargestellt werden, dass das Konsultationsverfahren mit der EU nur bei Marktdefinition und Marktanalyse und nicht bei der Regulierungsverfügung zur Anwendung kommt;
  - die Systematik der Zugangsregulierung ist im Interesse der Rechtssicherheit und des Wettbewerbs klarzustellen;
  - der Rechtsschutz Dritter ist durch die Gewährung von Antragsrechten für die Einleitung von Regulierungsverfahren im Rahmen der nachträglichen Entgeltregulierung und der Missbrauchsaufsicht zu stärken;
  - der Rechtsweg ist zu den Zivilgerichten zu verlagern.
- Harte Kritik übt die Monopolkommission dagegen



Martina Krogmann

am Gesetzentwurf der Bundesregierung. Insbesondere wendet sich die Kommission gegen Tendenzen des Gesetzentwurfs, „den politischen Einfluß insbesondere der Bundesregierung auf die Regulierungsbehörde und grundlegende Regulierungsentscheidungen zu verstärken“. Auch hier unterstützt die Monopolkommission die Forderungen der Union nach einem transparenten Regulierungsverfahren und einer Stärkung der politischen Unabhängigkeit der RegTP. Auch die im Gesetzentwurf verankerten Kriterien zur angemessenen Verzinsung des eingesetzten Kapitals seien „vage und wenig präzise“, so die Monopolkommission.

Fazit: Der Gesetzentwurf der Bundesregierung ist nicht EU-konform und in weiten Teilen unzureichend. Er muss daher grundsätzlich

überarbeitet werden und zentrale Forderungen der Union berücksichtigen!

**Martina Krogmann** ist Internet-Fraktionsbeauftragte und Berichterstatterin für Telekommunikation.

## Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz

### Erklärung zum vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzentwurf zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung:

Schwarzarbeit lässt sich mit neuen und schärferen Strafandrohungen nicht effektiv bekämpfen, wenn die Strafgesetze nicht vollziehbar sind und sie deshalb ihre abschreckende Wirkung verlieren. Deshalb hat Bundesfinanzminister Hans Eichel den ursprünglichen Gesetzentwurf zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung erheblich nachbessern müssen. Auf Druck des Bundesjustizministeriums soll die illegale Beschäftigung geringfügig Beschäftigter in privaten Haushalten nun als Ordnungswidrigkeit geahndet werden. Bestimmte Formen der Nachbarschaftshilfe sol-



Michael Meister

len als Bagatelldfälle behandelt werden.

Gleichwohl wirft der Gesetzentwurf noch eine Reihe von Fragen auf. Hierzu gehören beispielsweise der geplante Einstieg in den Aufbau einer „Bundesstrafverfolgungsbehörde“, die unüberschaubare Vermischung von Kompetenzen auf Bundes- und Landesebene, die Rechnungsausstellungs- und -aufbewahrungspflicht bei Arbeiten auf privaten Grundstücken oder die geplanten Maßnahmen im gewerblichen Bereich. Vorbeugende Maßnahmen gegen die Schwarzarbeit sind ebenso wenig ersichtlicher wie die Senkung der Abgabenlast, die Vereinfachung des Sozial- und Steuerrechts oder der Abbau von Bürokratie.

Wachstum und Auswirkungen der Schattenwirtschaft erfordern ein Maßnahmenbündel. Dies muss



aus präventiven und repressiven Maßnahmen bestehen, damit das Bewusstsein für die Schädlichkeit der Schattenwirtschaft geschärft wird. Die Bundesregierung wird noch einiges zu tun haben, wenn sie die Schwarzarbeit erfolgreich bekämpfen will.

**Michael Meister** ist finanzpolitischer Fraktions-sprecher.

## Kein europäisches Direktorium

### Erklärung zum Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs aus Frankreich, Großbritannien und Deutschland:

Mit dem Dreier-Gipfel in Berlin riskiert die Bundesregierung neue Irritationen in der EU. Nach der Hängepartie in der Verfassungsfrage, dem Streit um die EU-Finzen und dem Bruch des Stabilitätspaktes, weckt die Bundesregierung nun „Direktoratsängste“ bei den 22 Staaten, die sich die Berliner Veranstaltung von außen ansehen müssen. Diese Politik der Polarisierung ist problematisch.

Das Ziel, die Europäische Union bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu



Peter Hintze

machen, wird nicht zuletzt durch die schlechte Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung konterkariert. Erst wenn Deutschland wieder zur wirtschaftlichen Lokomotive in der Europäischen Union wird, kann dieses Ziel erreicht werden. Es drängt sich der Eindruck auf, dass Schröders Superkommissar-Idee von den eigenen Fehlern und der wirtschaftlichen Schwäche in Deutschland und ablenken soll.

Es ist grundsätzlich richtig, dass bei einer größer werdenden Kommission eine stärkere Koordinierung sinnvoll ist. Diese könnte von Vizepräsidenten übernommen werden, die für die Abstimmung in jeweils einem größeren Politikbereich verantwortlich werden.

**Peter Hintze** ist europapolitischer Fraktions-sprecher.

## Palästina: Kontrolle der Hilfgelder

### Erklärung zum Besuch des palästinensischen Premierministers Kurei in Berlin:

Die G-8-Staaten, die EU und die Bundesregierung unterstützen die palästinensische Regierung alljährlich mit hunderten von Millionen EURO. Dabei versinken Arafats und Kureis Behörden im Korruptionssumpf. Arafat soll bis zu 900 Millionen Dollar auf eigene Konten abgezweigt haben. Mit diesem Geld unterhält er angeblich auch Angehörige von Selbstmordterroristen und politisch ihm nahestehende Organisationen. Damit versickert ein wesentlicher Teil der Hilfe für die Palästinenser in dunklen Kanälen. Da diese Unterstützung von wesentlicher Bedeutung für eine Stabilisierung der palästinensischen Autonomiegebiete ist, muss die Bundesregierung im Zusammenspiel mit unseren europäischen und internationalen Partnern endlich konsequenter eine transparente Verwendung der Gelder und einen nachweisbarer Kampf gegen die Korruption in den Autonomiebehörden einfordern.

**Christian Ruck** ist entwicklungspolitischer Fraktions-sprecher.



**CDU Hissflagge**  
orange mit CDU-Logo  
im Weißraum

Hochformat 1,50 m x 3,0 m

Bestell-Nummer: **0090**  
Preis je Stück: **22,50 €**  
inkl. MwSt.: 26,10 €



**Mappe für  
Informationsmaterialien**

Bestell-Nummer: **0398**  
Preis je 100 Stück: **22,50 €**  
inkl. MwSt.: 26,10 €

**EUROPA Hissflagge**  
blau mit gelben Sternen

Hochformat  
1,50 m x 3,0 m

Bestell-Nummer: **0089**  
Preis je Stück: **36,00 €**  
inkl. MwSt.: 41,76 €





# Beschlüsse des 17. Parteitag in Leipzig 2003



## Deutschland fair ändern.

Ein neuer Generationenvertrag für unser Land.  
Programm der CDU zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme + Anlage Fragen und Antworten zum Beschluss „Deutschland fair ändern.“

Bestell-Nummer: **5097**  
Preis je 25 Stück: **37,00 €**  
inkl. MwSt.: 39,59 €



## Ein modernes Einkommensteuerrecht für Deutschland

+ Anlage Fragen und  
Antworten zum Steuer-  
konzept der CDU.

Bestell-Nummer: **5098**  
Preis je 25 Stück: **16,50 €**  
inkl. MwSt.: 17,65 €



## Bürgerpartei CDU.

Reformprojekt für eine  
lebendige Volkspartei.

Bestell-Nummer: **5096**  
Preis je 25 Stück: **28,00 €**  
inkl. MwSt.: 29,96 €

## BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162, 33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de

Union Betriebs GmbH  
 Postfach 1190  
 53348 Rheinbach  
 PVSt, Deutsche Post AG  
 Entgelt bezahlt.



**Aktionszeitung „Wachstum“  
 Ausgabe 1/2004**

Bestell-Nummer: **1013**  
 Preis je 250 Stück: **18,50 €**  
 inkl. MwSt.: 19,80 €